

16.25

**Abgeordneter Mag. Nikolaus Alm** (NEOS): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Hohes Haus! Zitat: „Wenn die Gewerbeordnung infrage gestellt wird, stelle ich auch die Staatsordnung infrage.“ – Diese Aussage von Christoph Leitl erinnert mich an eine durchzechte Nacht, in der jemand am Boden liegt und jemand mit einem Stock in die Person „reinsticht“, um zu schauen, ob sie noch lebt. Christoph Leitl hat reagiert, er lebt. Aber das, was er da sagt, ist äußerst bedenklich, und ich hoffe, die Bundesregierung kann sich von solch einem Schattenminister und diesen Aussagen auch ein wenig distanzieren.

Der Vorstoß Richtung Gewerbeordnung wird von uns unterstützt. Die Anträge von uns sind deswegen nicht überholt, Herr Kollege Haubner, sondern sie werden einfach auch mit umgesetzt in einer eigenen Interpretation. Deswegen sind unsere Anträge nicht alt oder falsch, sondern wir freuen uns, dass sie umgesetzt werden. Genauso freuen wir uns, dass es ein Start-up-Paket gibt. Wir haben öffentlich gesagt, dass wir das gut finden. Dass es Teile gibt, die auch in Anträgen von uns in ähnlicher Form vorliegen, ist auch kein Geheimnis. Wir behaupten nicht, dass Sie das von uns abgeschrieben haben. Wir kennen alle die gleichen Stakeholder in dem Bereich. Wir kennen die Wünsche der Branche und wir freuen uns, dass einiges davon auch tatsächlich funktioniert. Sie werden den Standort Österreich für Start-ups in dieser Hinsicht auch aufwerten.

Allen voran ist die Schaffung des qualifizierten Start-ups sehr wichtig, was es überhaupt einmal ermöglicht, diese Gruppe an Unternehmen in irgendeiner Form zu behandeln. Die Risikokapitalprämie entspricht in etwa dem, was wir als Realwirtschaftsinvestitionsfreibetrag gefordert haben. Da kann man sich jetzt natürlich darüber unterhalten, ob das Konzept von Harald Mahrer besser ist oder ob unseres besser ist. Wichtig ist, dass hier etwas passiert.

Mit Kritik an diesem Paket, die ich auch üben könnte, halte ich mich zurück. Ich schwinde mich sozusagen auf diesen neuen Stil ein und versuche, auch die guten Seiten in den Vordergrund zu rücken. Und ich möchte diese auch noch konstruktiv ergänzen, zum Beispiel um die Idee der Klein AG: Wenn man schon ein qualifiziertes Start-up hat, dann kann man auch wirklich eine Rechtsform schaffen, die für Start-ups nützlich wäre, nämlich in Form einer AG light, einer Start-up AG, in der man eben die Vorteile von GmbH und AG miteinander verbindet.

Dann bin ich beim Bereich der Lohnnebenkosten, die auch in diesem Antrag widergespiegelt sind. Da wird für Start-ups etwas gemacht, und das ist sozusagen der

Beweis dafür, dass Lohnnebenkosten das größte Hindernis an sich für neue Beschäftigung sind, sonst würde man ja nicht solche besonderen Begünstigungen für Start-ups erfinden.

Das Gleiche könnte man natürlich auf den Bereich der EPU's ausdehnen. Wir haben in Österreich je nach Zählart – aktuelle Zahlen sagen das – zirka 290 000 EPU's. Es gibt eine Studie – und da sind wir unverdächtig – von der Initiative 1plus1, die besagt, dass ein Viertel der EPU's einen Arbeitsplatz schaffen will. 39 Prozent aller Befragten geben an, dass die hohen Lohnnebenkosten daran schuld sind, wenn das nicht gemacht wird. Wenn es uns gelingt, dieses Viertel der EPU's tatsächlich zu EMU's, also zu Ein-Mitarbeiter-Unternehmen, zu machen, dann schaffen wir zirka 70 000 neue Arbeitsplätze. Das setzt aber voraus, dass man diese Idee einer Lohnnebenkostensenkung auch ein bisschen weiterspinnt und eben nicht nur Start-ups zugutekommen lässt, sondern eben auch für EPU's gangbar macht und in weiterer Folge natürlich auch für alle Unternehmen. Denn es sind die Unternehmen, die die Arbeitsplätze schaffen, und das sind nicht die staatsnahen Betriebe und der öffentliche Dienst.

Das Konzept ist schon einigermaßen kritisiert worden, von Ihnen, Herr Minister, aber natürlich auch vom Kollegen Katzian, vom Kollegen Rossmann, der da ein wenig – zu Beginn zumindest – etwas zurückhaltender in der Kritik war. Ja, darüber kann man aber eben diskutieren. Es ist nicht so, dass all das, was in dem Antrag drinnen steht, erschöpfend die Grundlage der Berechnungen darstellt, die dem Konzept zugrunde liegen. Da gibt es eben Berechnungen, speziell im Bereich der Kommunalsteuer, auf die Sie als Einziger, Herr Rossmann, eingegangen sind. Sie, Herr Minister, haben das geflissentlich übersehen beziehungsweise bewusst ausgelassen, dass eben der größte Teil dieser Lohnnebenkostensenkung durch diese strukturellen Änderungen herbeigeführt worden wäre. Sie haben auch ausgelassen, dass wir eine Streichung der Kammerumlage 2 vorgesehen hätten.

Es sind hier insgesamt sechs Maßnahmen skizziert, wobei man sicher die eine oder andere konstruktiver oder auch dekonstruktiver kritisieren kann. In Summe ergibt das bei uns 5,5 Milliarden €, das wäre eine Senkung von zirka 4 bis 5 Prozentpunkten in den Lohnnebenkosten, also zirka 15 Prozent der Lohnnebenkosten. Das wäre wirklich substanziell und würde in der Berechnung, die auch in den Ministerien angelegt wird, zu einer Neubeschäftigung von zirka 80 000 Personen führen. Das ist etwas, das weiter gedacht ist als die Konzepte, die vorliegen.

Die Lohnnebenkostensenkung, die Kollege Haubner erwähnt hat, 0,1 Prozent: Das sind 30 € pro Mitarbeiter pro Jahr. (*Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen.*) Das schafft nicht wirklich viele Arbeitsplätze. Da müssen wir wirklich in ganz andere Dimensionen vordringen.

Ich würde Sie bitten, diesen Fristsetzungsanträgen auch im Sinne des von Ihnen propagierten neuen Stils zuzustimmen, damit wir auch darüber diskutieren können. (*Beifall bei den NEOS.*)

16.30

**Präsidentin Doris Bures:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Steinbichler. – Bitte. (*Abg. Steinbichler begibt sich zum Rednerpult und stellt dort eine Tafel auf, auf welcher untereinander die Euro-Beträge € 15.818,18, € 23.715,10 und € 7.896,92 stehen, wobei letzterer gelb unterlegt ist.*)